

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachschlag; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 133

Stolp, Donnerstag, den 10. Juni 1926

50. Jahrgang

Die „Einigkeit“ der Regierungsparteien.

Auch eine Blüte der „Koalition“.

Berlin, 9. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstages kam es heute zu einer Debatte, die auf die Zustände innerhalb der gegenwärtigen Regierungskoalition ein recht bezeichnendes Licht wirft. Zentrum und Demokraten wandten sich mit großer Heftigkeit gegen die kürzlich erfolgte Ernennung des bisherigen Staatskommissars für die besetzten Gebiete Schmid zum Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete. Die Eignung des Herrn Schmid für diesen Posten wurde mit der sehr merkwürdigen Begründung bestritten, daß er, obwohl früher parteipolitisch neutral, seit dem Dezember 1924 verschiedene Male als Politiker, und zwar im Sinne der Deutschen Volkspartei, hervorgetreten sei. Da die Deutsche Volkspartei noch immer der gegenwärtigen Regierungskoalition angehört, ist das unseres Wissens der erste Fall, daß die Ernennung eines Beamten, der einer Regierungspartei (1) angehört, und für diese politisch tätig gewesen ist, von anderen Regierungsparteien angefochten wird. Der Deutschen Volkspartei kann dieser Fall als eine Lehre dienen. Nun weiß sie, wie sie von ihren Koalitionsgenossen eingeschätzt wird. Unbegreiflich bleibt, daß die Deutsche Volkspartei sich einen derartigen Affront ruhig bieten läßt. Der volksparteiliche Vertreter im Ausschuss hat zwar versucht, Herrn Schmid zu verteidigen, seine Verteidigung war aber sehr schwach und dürfte unseres Erachtens keineswegs dazu angetan sein, das Vertrauen zu der Volkspartei in den dieser Partei nahestehenden Kreisen der Beamtenschaft zu erhöhen.

Was das Zentrum und die Demokraten betrifft, so kann ihr Vorgehen nur als Annäherung bezeichnet werden. Man sieht aber, wie sehr sich diese linksbürgerlichen Parteien als allein ausschlaggebend in der Regierung, als Herren im Hause fühlen. In der Tat sind sie es allein, die im Bunde mit der Sozialdemokratie Ton und Richtung der Regierung bestimmen. Die Volkspartei ist nur geduldet. Sie erntet damit freilich nur die Früchte ihrer Saat. Weshalb gibt sich die zum Steigbügelhalter für die anderen her!

Der Fall Lessing.

Die Beratungen der hannoverschen Studenten.

Der Ausschuss der Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover hat seine Beratungen fortgesetzt. In der Frage der Abwanderung haben die Verhandlungen ergeben, daß Braunschweig 300 und Charlottenburg 250 Studenten aufnehmen könnten. In der Hochschule ist vollkommene Ruhe, da die Studenten nicht erscheinen. Am 10. Juni sollen die Vorlesungen wieder besucht werden. Falls Professor Lessing am kommenden Montag wieder eine Vorlesung hält, soll kein Student die Hochschule betreten.

Fort mit Lessing!

Im Preussischen Landtage ist folgende Anfrage der Wirtschaftlichen Vereinigung eingegangen: Der Prof. Lessing von der Technischen Hochschule Hannover ist zu wiederholten Malen durch Zeitungsartikel und Reden in aufreizender und unjachsamer Weise hervorgetreten und hat in besondere zuletzt trotz ministerieller Verwarnung in unverantwortlicher Art die Studentenschaft provoziert, so daß seine Ablehnung durch die Studentenschaft durchaus verständlich ist. Hält es das Staatsministerium endlich für angebracht, dem Professor Lessing den Lehrauftrag zu entziehen? Ist das Staatsministerium ferner bereit, die bereits wahllos ausgesprochene Relegation einer Anzahl Studierender rückgängig zu machen?

Ferner ist folgender deutschnationaler Antrag Dr. Quatraslem, Dr. Kähler, Greifswald, eingegangen: Das Staatsministerium wird ersucht, schleunigst die Disziplinarbehörde anzuweisen, das Verfahren gegen die Studenten in Form des Rechtes durchzuführen, insbesondere das Urteil gegen die 10 relegierten Studenten aufzuheben und die Betroffenen für den durch das Urteil entstandenen ideellen und materiellen Schaden zu entschädigen.

Keine Schließung der Hochschule in Hannover.

Der Kultusminister und das preussische Staatsministerium haben sich dahin entschieden, von einer Schließung der Technischen Hochschule in Hannover abzusehen. Professor Lessing ist gestern von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. Er hat die Mitwirkung in einem ebl. Verfahren abgelehnt (1). Wie die Blätter berichten, werde Braunschweig 300 und Charlottenburg 250 Studenten aufnehmen.

Der Hochschulring deutscher Art gegen Beder und Lessing. Halle, 9. Juni. Der Vorstand des Hochschulringes deutscher Art Halle sandte an die Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover folgendes Telegramm: „Der Hochschul-

ring deutscher Art Halle steht voll und ganz hinter Ihnen und wünscht Ihnen in Ihrem Kampfe gegen Professor Lessing ein erfolgreiches Ende. Der Vorstand des Hochschulringes deutscher Art Halle.“

Der Studentenausschuß der Universität Jena hat an die Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover nachstehendes Telegramm gefandt: „Die Studentenschaft der Universität Jena begrüßt es freudig, daß die Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover gegen eine weitere Verächtigung des Professors Lessing Stellung nimmt, der die nationalen und sittlichen Gefühle der Studenten schon mehrmals gräßlich beleidigt hat. Die Handlungsweise, daß die gesamte Studentenschaft durch das willkürliche Herausgreifen Einzelner getroffen werden soll, empört die Jenaer Studentenschaft aufs tiefste.“

Eine bemerkenswerte Kundgebung ist seitens des Bundes alter Akademiker Hannovers und Umgebung erfolgt. Dieser hat folgende Entschlieung gefaßt: „Der Bund alter Akademiker Hannovers und Umgebung spricht der Studentenschaft der Technischen Hochschule, die mannschaft für deutsche akademische Freiheit und Rechte und deutsches Volkstum eintritt, seine Anerkennung aus.“

„Nehmt den Fürsten, was des Volkes ist!“

Wie die Rössische Zeitung meldet, hat sich der Reichsbund der demokratischen Jugend mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, die zur Fürsteneignung Stellung nimmt. Es ist an sich herzlich gleichgültig, wenn diese oder jene Organisation der Linken sich zu einer Frage äußert, die ihrer Lösung dadurch nicht näher gebracht wird. Der Aufruf der demokratischen Jugend fällt nur dadurch auf, daß er im Gegensatz zu den parlamentarischen Führern der Partei durch ein offenes Bekenntnis zur Fürsteneignung im Sinne des sozialistischen-kommunistischen Volkseides das wahre Gesicht der deutschen Demokratie enthüllt. Mit dem geschmackvollen Leitpruch: Nehmt den Fürsten was des Volkes ist, das am Schluß des Aufrufes prangt, versuchen die Aufrufer die Uebersetzung eines Bibelwortes in das jiddische.

Man müßte die Aktivität dieser jungen Demokraterie in der Tat bewundern, wenn sie nicht so unglaublich lächerlich wäre. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns des „Misstrauensvotums“, das dieselben Leute vor mehreren Monaten an den Reichswehrminister Gehler richteten, in dem sie ihn aufforderten, zurückzutreten. Alten Demokraten Weimarer Typs kann angesichts solcher „Jugend“ Angst und Bange werden. Wir gratulieren.

Erbärmlicher Kuhhandel.

Weitere „Beratung“ von „Abrüstungsfragen“ in Genf.

In der militärischen Unterkommission „A“ der Vorbereitenden Abrüstungskommission wurde Montag über die Charakteristik der Luftstreitkräfte mit deren Einordnung in die Friedensrüstung beraten. Frankreich verlangt grundsätzlich Anerkennung des Wesenscharakters der Luftwaffe. Diesem Standpunkt schloß sich England an, wobei scheinbar als Kompensation für dieses Zugeständnis der Wesenscharakter der Seestreitkräfte in den Vordergrund gerückt werden soll. Die Deutsche Delegation erhebt jedoch gegen diese Bestimmung der tatsächlichen Verwendung der Luftstreitkräfte Einspruch. Der deutsche Standpunkt wird unterstützt durch den Vertreter Ungarns. Auf den deutschen und ungarischen Widerspruch hin wurde darauf beschlossen, der Luftwaffe sowohl einen Defensiv- als auch Offensivcharakter zuzusprechen.

Bei der Beratung des Charakters der Landstreitkräfte stellte der deutsche Delegierte die Frage, warum in dem Fragegen nur bei den Land- und Seestreitkräften der Einwand größerer Kosten erhoben worden sei, dieser jedoch scheinbar bei der Bestimmung der Luftstreitkräfte vergessen wäre. Es wurde darauf beschlossen, die Luftstreitkräfte den Friedensrüstungen zuzuzählen.

Angesichts solcher faulen Kompromisse in Fragen der allgemeinen Abrüstung wird es Zeit, daß die entwaffneten Länder ihre Wiederaufrüstung anmelden und durchführen.

Der Befahrungsstandal an der Saar.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskommission.

Auf der gegenwärtigen Ratstagung in Genf sollte auch die Saarfrage wieder einmal behandelt werden. Wie schon so oft, drehte es sich auch diesmal wieder um die französischen

Befahrungstruppen, die sich, im offenen Widerspruch zum Versailler Vertrag, der nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorsieht, auch heute noch im Saargebiet befinden. Eine Abordnung des saarländischen Landesrats hat dem Völkerbund eine Denkschrift überreicht, in der die sofortige Abberufung des französischen Militärs aus dem Saargebiet gefordert wird. Ueber die gleiche Angelegenheit liegen dem Völkerbundsrat außerdem noch

drei Denkschriften der Regierungskommission des Saargebietes vor, in denen die Meinungsverschiedenheiten der Kommissionsmitglieder über die Befahrungsfrage deutlich zum Ausdruck kommen.

Die erste ist von dem französischen, belgischen und tschechischen Mitglied der Saarregierung verfaßt. Diese Mehrheit der Regierungskommission, der Franzose Morize, der Belgier Lambert und der Tscheche Dr. Veszenly, wünscht, daß ein rein militärischer französischer Eisenbahnausschuß gewählt wird, dem zwei auf dem gesamten Streckennetz des Saargebietes verteilte französische Bataillone zur Verfügung stehen sollen.

Die zweite Denkschrift erklärt, es liege keine rechtliche Begründung für ein weiteres Verbleiben der französischen Truppen im Saargebiet vor. Der Präsident der Regierungskommission, der Kanadier Stephens, ist der Auffassung, daß ein weiterer Aufenthalt französischer Truppen im Saargebiet mit dem Geist und den Buchstaben des Versailler Vertrages unvereinbar ist, und daß die Etablierung von Truppen zum Schutz des ungesicherten Eisenbahnverkehrs zwischen dem besetzten Rheinland und Frankreich vollständig dem Friedensvertrag widerspreche und der Meinung der Regierungskommission selbst zuwider laufe, die sie am 28. Februar 1926 vor dem Völkerbundsrat ausgesprochen habe. Sollte jedoch der Völkerbundsrat die Anwesenheit von französischen Truppen zum Schutze der Bahnlinie für erforderlich erachten, so würde die Unterbringung französischer Bataillone in den französischen Grenzgebieten vollkommen genügen.

Die dritte Denkschrift rührt von dem saarländischen Regierungsmittglied Cofmann her. In ihr wird betont, daß die Anwesenheit der französischen Truppen ausschließlich zum Schutze der Bahnen im Falle eines Generalstreiks gedacht sei. Man habe jedoch aus den Erfahrungen in Groß-Britannien und Deutschland während des Generalstreiks gelernt, daß ein militärischer Schutz der Eisenbahnlinien während eines solchen Streikes überhaupt nicht in Frage komme.

In den Kreisen der Saardelegation, die unter Führung des Geheimrats Köchling in Genf eingetroffen ist, hatte man der Entscheidung mit großer Zubersticht entgegengesehen. Die Mitglieder des Völkerbundsrats haben sich jedoch dahin geeinigt, die Entscheidung bis zur Vollversammlung des Völkerbundes im September zu vertagen, um Deutschland Gelegenheit zu geben, bei dieser Frage mitzustimmen, da es sich hierbei um eine Deutschland direkt interessierende Frage handele.

Die soziale Fürsorge im Bergbau.

Der Reichstag über das Knappschaftsgesetz.

Berlin, 9. Juni.

Der Reichstag trat heute in die Einzelberatung des Reichsknappschaftsgesetzes ein. Der grundlegende Paragraph 1 der Vorlage wurde gegen die Kommunisten angenommen, ebenso ein Antrag Leopold (Deutschn.), wonach der Reichsarbeitsminister auf Antrag der Bezirksknappschaft mit Zustimmung der Reichsknappschaft bestimmen kann, daß die Krankenversicherung der auf kleineren und räumlich getrennten Betrieben beschäftigten Knappschaftsmitglieder durch die zuständige Ortskrankenkasse durchgeführt wird. Dagegen wurde ein deutschnationaler Antrag über die freie Verzeigung abgelehnt.

Auf Beschluß des Ältestenrates wird die Regierungsvorlage zur Fürstenabfindung als erster Punkt auf der morgigen Tagesordnung des Reichstags angelegt werden. Der Ältestenrat verständigte sich ferner dahin, daß, wenn der Volksentscheid nicht zum Ziele führt, die Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung auf jeden Fall noch vor der Sommerpause erledigt wird. Die ganze nächste Woche soll wegen der Vorbereitungen zum Volksentscheid von Plenarsitzungen frei bleiben.

Kritik an der Justiz.

Aus dem Preussischen Landtage.

Berlin, 9. Juni.

Bei der Weiterberatung des Justizhaushalts erhob Abg. Dr. Körner (Völk.) gegen das Justizministerium den Vorwurf, daß es sich bei der Durchführung der Besparungen von parteipolitischen Rücksichten leiten lasse. Gegenwärtig würden unter Verletzung der Verfassung völkische und vaterländische Richter, Rechtsanwälte und höhere Justizbeamte zurückgesetzt. Auch das Vorgehen gegen die völkischen Abgeordneten Wulle

und Kube wegen angeblicher Anstiftung zum Fememord ge-
schehe lediglich aus parteipolitischen Motiven. Beide Abge-
ordnete hätten sich schon vor Monaten freiwillig der Staats-
anwaltschaft zur Verfügung gestellt, ohne daß sie eine Antwort
bekommen haben. Auch auf ihre Eingabe an den Justizmini-
ster haben sie keine Antwort erhalten. (Hört, hört! rechts.)

Staatssekretär Fritze wies die Angriffe des Vorredners
zurück und erklärte, die Justizverwaltung denke nicht daran,
parteipolitisch vorzugehen. Als die Herren Wulle und Kube
sich seinerzeit der Staatsanwaltschaft freiwillig zur Verfügung
stellten, lag nur die Aussage Grüttel-Dehders vor, und es war
erst ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemalsigen völkischen
Abgeordneten Ahlemann im Gange. Daraufhin allein konnte
sich die Staatsanwaltschaft noch nicht schlüssig werden. Das
Bild hat sich dann geändert, im wesentlichen auch durch die
Verhandlungen im Feme-Ausschuß.

Abg. Heilmann (Soz.) übte an der Rechtsprechung scharfe
Kritik. Die schiefen Urteile in fast allen politischen Prozessen
erklärten sich eben daraus, daß die meisten Richter rechts ge-
richtet seien. Den Richtern fehle fast zumeist Objektivität und
Selbstkritik. Ein unberechtigtes Pharisäertum zeige sich bei
ihnen.

Die Aussprache wurde unterbrochen zur Wiederholung der
namentlichen Abstimmung über die Reichsratsvorlage, bei der
sich am Vortage die Beschlußfähigkeit herausgestellt hatte.
Auch heute war das Haus beschlußunfähig, da sich mehrere
Parteien wiederum nicht an der Abstimmung beteiligten.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung wurde die Ju-
stizdebatte wieder aufgenommen.

Abg. Dr. Kaufmann (Deutschn.) wies die Angriffe der
Linksparteien gegen die Organe der Justiz, namentlich der
Gerichte, energisch zurück, Angriffe, die sich gegen die Unpar-
teilichkeit, Gerechtigkeit und Tüchtigkeit unserer Gerichte richten.
Die Erschütterung des Rechtsbewußtseins in weiten Kreisen
sei besonders auf diese Angriffe zurückzuführen.

Abg. Stendel (D. Vp.) erklärte, daß seine Partei immer
zugegeben habe, daß Mißgriffe bei der Justiz vorkommen
können. Das liege an der menschlichen Unvollkommenheit.
Der Preussische Richterverein habe sich immer auf denselben
Standpunkt gestellt. Die unqualifizierbaren Angriffe auf das
Richtertum in seiner Gesamtheit müßten jedoch auf das schärf-
ste zurückgewiesen werden.

Nach weiterer unerheblicher Debatte vertagte das Haus
die Weiterberatung auf Donnerstag.

Der Jahresabschluss der Reichsbahn.

Ueber 800 Millionen Ueberschuß.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft veröffentlicht jetzt
ihren ersten Jahresabschluss, der erheblich günstiger ausgefallen
ist, als man allgemein erwartet hatte. Es ist der Reichs-
bahngesellschaft gelungen, ihre Reparationslasten und die Di-
vidende für ihre Vorzugsaktien aufzubringen, darüber hinaus
noch nennenswerte Rücklagen vorzunehmen und einen Vortrag
auf neue Rechnung von über 150 Millionen vorzuschlagen.

Den Einnahmen im Betrage von insgesamt 5668,7 Mil-
lionen RM. stehen 4849,99 Millionen RM. Ausgaben gegen-
über. Der sich hiernach ergebende Ueberschuß von 818,8 Mill.
RM. dient zur Bestreitung des Dienstes für Reparationsschul-
den (399,3 Mill. RM.), zu den Zuweisungen zur
gesetzlichen Ausgleichsgrundlage (113,4 Mill. RM.), und zu den
erforderlichen Rückstellungen für Betriebsrechtsschreibung und
Verlustgefahren (150 Mill. RM.). Der somit verbleibende
Reingewinn von 156,1 Mill. RM. ist bestimmt zur Zahlung
der Prozentigen Vorzugsdividende auf die bereits ausgege-
benen Vorzugsaktien. Der Rest in Höhe von 153,1 Mill.
RM. wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Berichtsjahr ist die Gesamtzahl des Personals von
771 193 auf 711 381 Köpfe abgebaut und damit auf einen Jah-
resdurchschnitt im Kalenderjahr 1925 von 732 961 Köpfen
(331 712 Beamte und 401 249 Arbeiter) gebracht. Die Ver-
minderung des Personalbestandes wirkte sich aber nicht voll

Die Sonnenjungfer.

Roman von der roten Erde von Anny Bothé.

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ich muß sie sehr um Vergebung bitten, Herr Baron, daß
ich so spät zu meinem Besuch kam, den ich — er sah den Frei-
herrn offen an — „eigentlich gar nicht beabsichtigt hatte. Sie
dürfen mir das nicht übel nehmen. Ich kam ins Erlenschloß
als ein mit sich und der Welt zerfallener Mann, der gar nicht
daran dachte, irgend etwas Verlehrs zu pflegen. Der Schrei
nach Brot — hier lächelte er sein — „zwang mich dann doch
unter Menschen und ein Besuch bei Ihrem Pfarrer zeigte mir,
daß man wohl Menschen entbehren kann, es aber besser ist, sie
nicht ganz zu meiden.“

„Es freut mich von Herzen, Herr Graf,“ gab Eilert zurück,
„daß Sie in dem Pfarrer von Rinkerode gleich den wertvoll-
sten und besondern Menschen erkannt haben. Er ist mein be-
ster Freund und unsere Familie ist mit der seinen so eng ver-
wachsen, daß wir unsere Abgeschlossenheit von der Welt gar
nicht empfinden, wie es vielleicht sonst der Fall wäre.“

„Das Schloß hat lange leer gestanden?“ fragte der Graf
und ein forschender Blick traf die hellen Augen seines Gastes.
„Ja, mehr als zwanzig Jahre. Meine Frau —“ Eilert
stoderte, „hat einst hier gewohnt und ich habe die Räume seit
dem Verkauf nicht mehr betreten. Ich bin sehr erstaunt, noch
alles unverändert zu finden wie einst.“

Graf Waldau lehnte sich leicht in den weißen Damast-
sessel zurück.

„Und Sie sind nun gewiß überrascht, daß ich hier in die-
sem Gemach, das eigentlich kein Wohnzimmer für einen
Mann ist, hause? Es ist mir merkwürdig mit dem alten
Schloße ergangen. Als ich einzog, dachte ich natürlich daran,
es neu einzurichten, doch als ich beginnen wollte, war mir, als
seien mir die Hände gebunden. Sie werden mich vielleicht für
einen sentimentalischen Träumer halten, Herr Baron, wenn ich
Ihnen sage, daß es mir immer ist, als spüre ich hier den Duft
einer Frau, die ich einstmals getannt und geliebt habe, als sei
ich schon einmal durch diese Räume gegangen. Und doch weiß
ich bestimmt, daß ich das Erlenschloß nie in meinem Leben ge-
sehen. Ist das nicht seltsam?“

„Sehr seltsam, Herr Graf.“

„Dieses Gefühl, Herr von Rinkerode, zwingt mich förm-
lich, in diesem Raum und auch in den anderen nichts anzurüh-
ren.“

„Sie sind dadurch in Ihrer Bewegungsfreiheit ganz au-
ßerordentlich gehemmt.“

aus, da einerseits hohe Pensions- und Wartegelder gezahlt
werden mußten, andererseits aber Löhne und Gehälter weitere
Steigerungen erforderten. Der Personalabbau könne in fast allen
Bezirken als abgeschlossen gelten, ausgenommen bei den Werk-
stätten.

Die Verwaltung hofft, daß noch im Laufe des Geschäfts-
jahres 1926 eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage
eintreten wird, sodaß weitere Maßnahmen (Tariferhöhungen
und dergl.) außer den bisherigen Einschränkungen der Aus-
gaben nicht nötig werden.

Deutsches Reich.

Der Reichslandbund beim Reichskanzler. Die Präsidenten
des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth und Sepp, hatten eine
längere Unterredung mit dem Reichskanzler in Gegenwart des
Reichsernährungsministers. Angesichts der katastrophalen
Lage der Landwirtschaft wurden dem Reichskanzler die uner-
läßlich notwendigen Maßnahmen dargelegt. Der Reichskanz-
ler sagte zu, mit größter Beschleunigung das Erforderliche in
die Wege zu leiten.

Die Ergebnisse der Buchprüfungen. Dem Reichstag liegt
eine Uebersicht über das Ergebnis der von den Finanzämtern
im Jahre 1925 im Reich vorgenommenen Buchprüfungen vor.
Insgesamt sind 79 732 Fälle untersucht worden; es wurden
98 Millionen Mark mehr Steuern festgesetzt und 7,5 Millio-
nen Mark Geldstrafen verhängt.

Die Elternbeiratswahlen in Großberlin. Nunmehr liegt
das endgültige Ergebnis der Großberliner Elternbeiratswah-
len vor. Es erhielten: die christlich-unpolitische Liste 3919
Stimmen, die sozialistische Liste „Schulbau“ 1145 Stimmen,
die kommunistische Liste „Kind in Not“ 355 Stimmen. Zu
den Sitzen der Liste „Schulbau“ und „Kind in Not“ sind
noch rund 350 weltliche Sitze in den weltlichen Schulen zu
rechnen.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde
eine Entschließung angenommen, daß in den Reichshaushalts-
plan für 1927 die Mittel eingestuft werden sollen, die zur
Wiedereinführung der vierteljährlichen Zahlung der Beamten-
gehälter vom 1. April 1927 ab erforderlich sind.

Vermischtes.

Der Breslauer Kindermörder ein Geisteskranker? Die
grauenhafte Breslauer Kindesmordaffäre hat eine Wendung
genommen, die wahrscheinlich macht, daß der Täter ein Ge-
isteskranker ist. Dienstag nachmittag hat der Mörder an den
Großvater der ermordeten Kinder ein Paket geschickt, in dem
sich die an den Leichen der Kinder fehlenden Unterleibsorgane
befanden. Die Handschrift der Adresse hat man einem Gra-
phologen zur Begutachtung vorgelegt. Dieser sagte, es han-
delt sich um die primitive Handschrift eines jugendlichen
Menschen, der allem Anschein nach den untersten Ständen an-
gehört. Der Schreiber hat in ziemlicher Erregung geschrieben,
was aus den eigenartigen Buchstaben hervorgehe. Der Gra-
phologe will ferner auf dem Päckchen einen deutlich sichtbaren
Fingerabdruck bemerkt haben. Die Polizei hat inzwischen ei-
nen neuen Anhaltspunkt durch die Feststellung der Herkunft
des Umhüllungspapiers erhalten. Zur schnelleren Aufklärung
des Verbrechens ist von Berlin aus der Kriminalrat Gennat
mit einem Begleiter nach Breslau entsandt worden. Der Re-
gierungspräsident hat zunächst eine Belohnung von 2000 Mark
ausgesetzt, hat diese inzwischen jedoch auf 4000 Mark erhöht.

Wieder ein Frauenmord. Aus Dinslaken wird gemeldet:
Ein furchtbares Verbrechen wurde Mittwoch an der Bergstraße
im Ortsteil Oberlohberg durch einen Arbeiter aufgedeckt. Die-
ser fand auf freier Felde in einem Straßengraben das 19-
jährige Dienstmädchen Bernhardine Moog erdrosselt vor. Dem
Mädchen war ein Knebel in den Mund gesteckt, an dem es
offenbar erstickt ist. Die polizeiliche Ermittlung ergab auch
Würgemale am Halse und die Tatsache, daß an dem Mädchen
ein Lustmord verübt worden ist. Das in gutem Leumund

„Das bin ich. Das Erlenschloß wird für mich indessen
bloß eine Uebergangsstation sein und nur die Stätte bleiben,
wohin ich mich retten kann, wenn die Welt da draußen mich
treibt, wieder einmal Abschied von ihr zu nehmen. Sie sehen
mich erstaunt an, Herr Baron,“ fuhr der Graf mit einem lei-
sen, traurigen Lächeln fort, „und ich bejaure das vollkommen.
Sie sehen in mir einen Mann, der vollständig aus seiner her-
kömmlichen Lebensbahn geschleudert wurde und der gewisser-
maßen erst wieder gehen lernen muß, ehe er als ein neuer Mensch
in die Welt tritt, die ich — verzeihen Sie — verachte.“

„Das sind harte Anklagen, Herr Graf. Die Welt kann
uns nichts anhaben, wenn wir ihr gewappnet gegenüberstehen.“

„Zugegeben. Vielleicht bin ich zu schwach für diese Welt
des Scheins, weil ich sie nicht zerbrechen kann. Als ich vor
Monaten hier einzog, hatte ich die feste Ueberzeugung, das Er-
lenschloß nie mehr zu verlassen, mich hier vollständig einzugra-
ben und die Menschen zu meiden.“

„Sie haben nun Ihre Absicht geändert, Herr Graf?“ fragte
Eilert von Rinkerode, nicht ohne Teilnahme.

„Nein,“ kam es halb spöttisch, halb bitter von Graf Wal-
dau Lippen. „Man hat mich einfach gezwungen, unter Men-
schen zu gehen. Ich habe einsehen gelernt, daß, was ich früher
nie gewagt habe, ein Mensch auf die Hilfe seines Nächsten an-
gewiesen ist, daß das ganze Getriebe wie ein Räderwerk in
einander läuft und daß eine Flucht in die tiefste Einsamkeit,
uns noch lange nicht unabhängig von den Menschen macht.“

„Ich habe,“ hier machte der Graf eine lebenswürdige Ver-
beugung, „nun in dieser Abgeschlossenheit die Gelegenheit ge-
habt, ich muß gestehen, gegen meinen Willen, einige Menschen
kennen zu lernen, die mich in ihren Kreis bannen. So war
mir neulich meine kurze Unterredung mit Ihrem Pfarrer ein
Genuß, und ich würde Ihnen, verehrter Herr Baron, dankbar
sein, wenn Sie einem Weltfremden ab und zu Gelegenheit
geben wollten, in Ihrem Kreis zu verweilen, was ihm das Le-
ben getan. Im nächsten Frühjahr plane ich eine weite Reise
in fremde Länder, die mich jahrelang frzuführen wird und die
ich hier in der Stille vorbereiten will. Wenn ich wiederlehre,
habe ich vielleicht gelernt, mit Menschen umzugehen und ich
hoffe dann, im Erlenschloß wieder eine Heimat zu haben. Bis
dahin aber, Herr Baron, bitte ich um Ihre freundliche Nach-
sicht für meine Besonderlichkeiten.“

Er streckte Eilert von Rinkerode herzlich und freimütig die
Hand entgegen, die dieser warm ergriff. Es ging ein ganz
eigentümlicher gewinnender Hauch von dem Fremden aus,
der Eilert vollständig gefangen nahm.

Dieses leise, schmerzliche Lächeln rührte ihm fast das Herz.

stehende Mädchen war bei einem Landwirt in der Bergstraße
bedienstet und hatte am Sonntag frei gehabt. Diesen Tag be-
nutzte es zu einem Besuch seiner Eltern im Stadtteil Dins-
laken-Hiesfeld. Montag morgen gegen 4 Uhr verließ es die
elterliche Wohnung, um sich wieder zu ihrer Dienstbereitschaft
zu begeben. Etwa eine viertel Stunde Weges von der elter-
lichen Wohnung entfernt, muß es dann wohl von einem bis-
her unbekanntem Täter überfallen und ermordet worden sein.

Zwei Kinder verbrannt. In Effretikon in der Nähe von
Zürich wollte eine Frau selbst Likör bereiten und stellte zu die-
sem Zwecke einige Liter Alkohol in der Nähe des Herdes. Aus
noch nicht aufgeklärtem Grunde geriet der Alkohol in Brand.
Die Flammen sprangen auf den fünfjährigen Sohn der Fa-
milie über und dann auf die zur Hilfe herbeieilende Mutter
mit ihrem sechs Wochen alten Säugling. Die beiden Kin-
der erlitten so schwere Brandwunden, daß sie noch in der Nacht
starben. Die Mutter glauben die Ärzte retten zu können.

Todesfahrt im Kraftwagen. Ein schweres Automobilun-
glück hat sich am Sonntag morgen gegen 3 Uhr auf der Chaussee
Lübeck-Sawerin in der Nähe des mecklenburgischen Gutes
Brüsenwitz ereignet. Ein von Lübeck kommendes Automobil
der Mecklenburgischen Holzindustrie-A.-G., das mit etwa 90
Kilometer Geschwindigkeit fuhr, streifte durch ein Verlagen der
Steuerung infolge Federbruchs einen Chausseebaum und fuhr
dann mit großer Gewalt gegen einen zweiten Baum. Das
Fahrzeug stürzte mit den vier Insassen die etwa drei Meter
hohe Chausseeböschung hinab. Zwei Insassen, der Direktor
Franch von der Sparkasse in Schwerin und Direktor Schützki
von der Mecklenburgischen Holzindustrie-A.-G. fanden den Tod.
Der Bruder des Direktors Franch hat einen schweren Ober-
schenkelbruch davongetragen. Die Verletzungen des Chauffeurs
sind von geringerer Art.

Von einem Felsblock erschlagen. In einem Granitstein-
bruch bei Neubamberg (Kreis Mge) ereignete sich ein schwe-
res Unglück. Mehrere Steinbrucharbeiter waren mit Spreng-
arbeiten beschäftigt, als plötzlich aus großer Höhe ein schwerer
Felsblock mitten in die Arbeiterchar hineinfiel. Zwei Ar-
beiter wurden erschlagen, zwei lebensgefährlich und zwei an-
dere leicht verletzt.

Verbrecherjagd. Große Aufregung herrschte am Sonnabend
nachmittag in dem Städtchen Osterburg. Dort sitzen seit eini-
ger Zeit außer anderen Gefangenen auch zwei Mitglieder jener
polnischen Mörder- und Räuberbanden, die lange der Schrek-
ten der ganzen Gegend waren, im Gerichtsgefängnis. Es sind
Komplizen des immer noch nicht gefassten „blinden Johann“,
ein gewisser Duda, der vier Morde auf dem Gewissen hat, und
ein gewisser Petrop, genannt „Stefel-Johann“, dem bisher
zwei Morde nachgewiesen worden sind. Diese überaus gefähr-
lichen Verbrecher, die vor nichts zurückschrecken, und die ande-
ren Insassen zusammen, werden von dem einzigen Auf-
seher bewacht, dem die Obhut des Gefängnisses anvertraut ist.
Ihm steht nur noch eine Frau zur Seite. Diese unhaltbaren
Zustände gaben schon vor zwei Monaten Veranlassung, den
Regierungspräsidenten von Magdeburg um Entsendung von
Schubbeamten zu einer besseren Bewachung des Gefängnisses
zu bitten, zumal da dieses zurzeit außer den beiden Genann-
ten noch drei Mörder in seinen Mauern birgt. Das Gesuch
wurde jedoch abgelehnt (!) mit der Begründung, daß die
Schutzpolizei für einen Dienst dieser Art nicht zuständig sei.
So blieb es denn bei der bisherigen Bewachung. Am Sonn-
abend nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr nun rissen Duda und
Petrow den Ofen in ihrer Zelle ein, verschafften sich so einen
Ausgang, sperrten die Frau des Aufsehers, die gerade allein
anwesend war, ein, sprangen aus der Privatwohnung des
Aufsehers zum Fenster hinaus und liefen davon. Gerichts-
assessor Oschag und Kriminalkommissar Busdorf, die gerade
mit Vernehmungen beschäftigt waren, hörten die Hilferufe der
Frau und alarmierten sofort das Städtchen. Zu Fuß, mit
Fahrrädern und Motorrädern nahmen die Einwohner die
Verfolgung der entflohenen Verbrecher auf, holten sie auch
ein und nahmen sie wieder fest. Die aufgeregten Einwohner
prügelten beide durch und brachten sie dann ins Gefängnis
zurück.

„Mein lieber Graf,“ sagte Eilert von Rinkerode warm,
indem er sich erhob. „Es wird mir eine große Freude sein,
Sie bald einmal bei uns zu sehen. Wenn Sie morgen Abend
in unserem kleinen Kreis mit uns speisen wollen? Ich kann
zwar nicht dafür einstehen, daß auch meine Frau zugegen sein
wird, sie ist oft sehr leidend, doch ich hoffe es.“

„Es wird mir ein großes Vergnügen sein,“ antwortete
Reimer Waldau mit einer leichten Verbeugung. „Meine al-
terbeste Empfehlung an Ihre Damen.“

Der Graf geleitete Eilert von Rinkerode noch durch den
Park und sie schieden mit einem herzlichen Händedruck.

Aber der Freiherr konnte ein schwer lastendes Gefühl
nicht los werden, das ihm wie ein Alp auf der Seele lag,
als er den Erlendach entlang ging, um noch ein Stück durch
die Heide zu wandern, ehe er heimwärts schritt.

Oder kam es nur, weil das Wehr des Erlendaches rausch-
te, wo sein blühender Knabe einst sein junges Leben ließ?

Nein, das war es nicht. Es hing mit dem Grafen Wal-
dau zusammen, der ihn seltsam anzog und trotzdem so beklem-
mend auf ihn wirkte.

Er hatte mit wohlüberlegter Absicht den Grafen schon so
bald zu sich gebeten, weil er es für gut hielt, Margot mög-
lichst schnell die Angst vom Herzen zu nehmen, die sich für sie
mit dem neuen Bewohner des Erlenschlosses verknüpfte. Wenn
Margone sah, daß dieser Graf Waldau ganz harmlos war,
würde ihre Aufregung und Furcht schwinden.

War dieser Graf Waldau wirklich so harmlos? Das Ge-
heimnisvolle, das ihn umgab, machte Eilert von Rinkerode
stutzig. Würde er Margone am Ende nicht noch mehr auf-
regen?

Grübelnd, mit schwerem Herzen schritt der Freiherr weiter.
Da sah er drüben vom Heidefeld zwei Reiter ihm zuwin-
ten.

Er gab den Gruß lebhaft zurück. Baldo und Helmgard
Eilert nickte noch einmal und das Herz wurde ihm frei und
leicht.

„Gott gebe,“ dachte er, „daß sie sich endlich finden.“
Rasch kehrte er um. Er hatte plötzlich das Gefühl, als
müsse er Margone nahe sein, als brauche seine Frau ihn und
sein starkes Herz.

Und die alte Sehnsucht kam wieder über ihn, wie einst
in den Tagen der Jugend und er fühlte all das Glück und
den ganzen wohnigen Rauch, den Margone ihm gegeben.
Aber er fühlte auch all das Leid und das tiefe Herzensweh,
das in allem Glück nicht von ihm gewichen, so lange Margone
sein eigen war.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsverband deutscher Guts- und Forstbeamten.

Tagung in Breslau.

Der Reichsverband deutscher Guts- und Forstbeamten trat anlässlich der 32. Landwirtschaftlichen Wanderversammlung zu seiner Reichstagung zusammen, zu der mehr als 1000 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches erschienen waren.

Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete ein Vortrag des Präsidenten des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth, über die Lage der deutschen Landwirtschaft

und die Notwendigkeit der Einigkeit des deutschen Landvolkes. Graf von Kalkreuth beleuchtete die Lage vom rein wirtschaftlichen, vom wirtschaftspolitischen und kurz vom politischen Standpunkt. Die Bedeutung der Preise landwirtschaftlicher Produkte sei für die Allgemeinheit von größter Bedeutung. Ihre Höhe muß sachlich geprüft und gegnerischen Auffassungen gegenüber sachlich vertretbar sein. Die Landwirtschaft muß nicht nur lebensfähig, sondern auch ausbaufähig sein. Das geschieht, wenn die Preise der Produkte in dem richtigen Verhältnis zu den Preisen der Produktionsmittel stehen. Die Landwirtschaft kann die erforderlichen Nahrungsmittel aus deutscher Scholle erarbeiten und darüber hinaus zum Export von Getreide übergehen. Der Redner legt im einzelnen die Schritte der Intensivierung der Landwirtschaft dar und zeigt dies besonders bei der Eierproduktion, der Milchwirtschaft, dem Getreideanbau. Er fordert, daß die Regierung nur solche Handelsverträge abschließen solle, die die Landwirtschaft nicht schädigen. Eingehend behandelt Graf von Kalkreuth die Minderung der Soziallasten und die Sparmaßnahmen der Verwaltung. Die von der Regierung für den Herbst in Aussicht gestellten Millionen zur Lombardierung des Getreides beseitigen die Not nicht, wenn nicht auch die Schuldenentlastung früherer Kredite hinausgeschoben würde. Der Redner schloß unter langanhaltendem Beifall mit der Aufforderung, aus der Scholle alles zum Wohle des Vaterlandes herauszuholen. — Rentmeister Eber, München, sprach über

„Das Ringen der deutschen Forstbeamten um ihre Existenz.“ Die deutschen Guts- und Forstbeamten konnten sich auch früher günstiger Zeiten nicht erfreuen; das Fachbeamtenum litt von jeher unter ungemessener Zugangslosigkeit zum Beruf. Der Allgemeinverfall der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege verschärfte die Sachlage. Protektionswirtschaft ohne Rücksicht auf Fähigkeiten einerseits, übertriebene „Volontär-Zucht“ andererseits schufen Ueberfüllungszustände, die sich nicht nur zum Schaden der Berufsstände, sondern auch zum Nachteil der Wirtschaft ausgewirkt haben. Betriebseinstellungen oder Umstellungen, oft auch Versuche zur Sparbarkeit am falschen Platz, führen zu zahlreichen Beamtenentlassungen. Vielfaches Elend in den Reihen der Berufsbeamten ist die Folge. Die deutschen Guts- und Forstbeamten kämpfen in ihrem schweren Existenzkampf die Liebe zum Beruf, zu Betriebsstätten und Vaterland. Unsere Forderungen sind: Gesetzliche Regelung des Befähigungsnachweises, ausreichender Schutz der Bodenprodukte, Minderung der Steuerlasten, Bereitstellung notwendiger Kredite zu erschwinglichen Zinssätzen. Gemeinsam mit ihren Gutsbesitzern wollen die Beamten hierfür kämpfen, weil sie wissen, daß nur die Verwirklichung dieser Erfordernisse sie selbst, den Grund und Boden und seine Frucht dem deutschen Volke erhalten kann. Vermehrte Produktion auf heimischer Erde ist das gebieterische Gebot der Stunde. Urbarmachung unproduktiver Böden und ihre Besiedelung mit tüchtigen Fachleuten fördert dieses Gebot; Arbeit in eigenen Kolonien bewahrt deutsche Kraft davor, den Kulturdünger für fremde Länder abzugeben. Für diese Ziele ist die Freiheit erforderlich, Volk und Wirtschaft müssen den Druck der Feindlasten brechen. (Starker Beifall.)

Güterdirektor Büchel, Koblhöhe, 1. Vorsitzender des Bezirksvereins Schlesien, knüpfte an die Ausführungen des Vorredners an und betonte, daß der Gutsbeamte seiner Rechtsgültigkeit entfagen und Mittkämpfer werden müsse zur Beseitigung aller Nöte des Vaterlandes, des Berufsstandes und der Landwirtschaft; denn diese sei der Jungbrunnen, aus dem neue nationale Kraft quellen werde. Wir haben die Pflicht, unserer Brüder zu gedenken, die durch diktatorische Verträge vorläufig von ihrer engeren Heimat getrennt sind. Mit ihnen fühlen wir uns verbunden und reichen ihnen im Geiste die Hand. (Großer Beifall.) Zum Schluß forderte der Redner, der sich mit Recht als Mitbegründer des Reichsverbandes bezeichnen konnte, alle Gutsbeamten auf, in ihrer Arbeit nicht zu erlahmen. Jeder muß auf dem Plan erscheinen, wenn es gilt, für Deutschlands Größe zu kämpfen und zu leiden. (Großer Beifall.)

Nach Dankworten an die Redner brachte der Vorsitzende ein Hoch auf den Reichsverband deutscher Guts- und Forstbeamten und auf das deutsche Vaterland aus, in das die Antworten begeistert einstimmten. Hierauf schloß Güterdirektor Zütrichhaus, Dallmin die glänzend verlaufene Tagung.

Stadt. Kreis. Provinz.

Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken.

Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken für Wohnungsneubauten sind stets an den Verfahrensträger zu richten. Verfahrensträger ist in Landkreisen der Kreisbeschuß. In Stadtkreisen der Magistrat. Zuständig für die Förderung des Bauvorhabens ist der Verfahrensträger, in dessen Bezirk die Baustelle liegt. Anträge an übergeordnete Behörden sind zwecklos und verzögern die Entscheidung nur zum Schaden der Antragsteller.

Werkwohnungen werden mit Hauszinssteuerhypotheken nicht beliehen. Es stehen jedoch der Landwirtschaftskammer in Stettin besondere Mittel zur Förderung des Baues landwirtschaftlicher Werkwohnungen und von Eigenheimen für Landarbeiter- und ländliche Handwerkerfamilien zur Verfügung.

In letzter Zeit mehrten sich die Anträge auf Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken für Wohnungsneubauten, die bereits begonnen und zum Teil auch schon fertiggestellt sind. Ueberwiegend handelt es sich um Bauten, die in bau- und wohnungsstechnischer Hinsicht nicht den Anforderungen entsprechen, die an mit Baudarlehen aus öffentlichen Mitteln zu beleihende Dauerwohnungen gestellt werden müssen. Derartige Anträge müssen dann in der Regel abgelehnt werden, wodurch die Betroffenen in eine äußerst schwierige Lage kommen können. Aus diesem Grunde und da weiterhin die Mittel zur Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken im Verhältnis zu den gestellten Anforderungen als gering zu bezeichnen sind, empfiehlt es sich, die Anträge recht frühzeitig und nicht unmittelbar vor dem Zeitpunkte des beabsichtigten Be-

ginn des Baues einzureichen, weil nicht damit gerechnet werden darf, daß die Bewilligung sogleich erfolgen kann. Auch der Umstand, daß mit dem Bau bereits begonnen ist, gibt zu einer bevorzugten Berücksichtigung keinen Anlaß. Es wird auf jeden Fall allen Bauherren nahegelegt, mit dem Bau und den Vorarbeiten hierzu frühestens erst dann zu beginnen, wenn der Bauentwurf von dem Verfahrensträger geprüft und genehmigt worden ist.

Anfall. In einem hiesigen Bankgeschäft kam eine Buchhalterin auf dem glatten Knieleumbelag so unglücklich zu Fall, daß sie sich das Handgelenk brach.

23. Pommerischer Feuerwehrtag. Das freundliche Städtchen Greifenberg hat diesmal die Ehre, die Pommerischen Feuerwehren in seinen Mauern begrüßen zu können. Der 19. und 20. Juni sind für die Tagung bestimmt. Nachdem die Einladungen ergangen sind, sollten die Wehren nicht säumen, ihre Anmeldeung schnellstens einzusenden. Greifenberg hofft auf zahlreichen Besuch, je eher aber die Bürgerschaft weiß, auf wieviel Gäste sie zu rechnen hat, um so besser wird für Unterkunft gesorgt sein.

Stolpmünde. Ein englischer Dampfer gestrandet. — Seit einigen Tagen herrscht ein derartiger Nebel auf der Ostsee, daß die Schifffahrt z. T. recht erschwert wird. Wie aus Scholpin gemeldet wird, strandete dort bei starkem Nebel der englische Frachtdampfer „Eric Galfert“ aus Ghoole. Da der Dampfer mit eigener Kraft nicht freikommen konnte, sind zwei Schleppdampfer von Danzig zur Hilfeleistung abgefahren. Außerdem liegt der Regierungsdampfer „Dresel“ im hiesigen Hafen bereit, um nötigenfalls an der Bergung mitzuhelfen. Da die See ruhig ist, hofft man, den gestrandeten Dampfer bald ohne größere Schwierigkeiten abzuschleppen zu können. — Mehrere hiesige Fischlutter verfehlten infolge des Nebels auf der Heimfahrt den Stolpmünder Hafen. Erst nach stundenlangem Umherirren lichtete sich der Nebel etwas, sodaß sie nunmehr die Einfahrt finden konnten.

Gak. Hier fand eine gut besuchte deutschnationale Versammlung statt, in der zur Frage des Volksentscheides Stellung genommen wurde. An der Diskussion beteiligten sich auch sozialdemokratische Führer aus Stolp, die in einer Weise mit der Wahrheit umsprangen, daß eine sachliche Auseinandersetzung mit ihnen zwecklos ist. Bereits vor dem Schlußwort, in dem ihre Ausführungen glatt widerlegt wurden, verließen die beiden mit ihren wenigen Anhängern das Lokal; denn der sozialistische Wähler darf natürlich um keinen Preis die Wahrheit erfahren.

Krolow-Strand. Feuer. — In der Sonntag Nacht brach hier plötzlich Feuer aus. Es wurde ein Haus der hier ansässigen Zigeuner in Asche gelegt. Eine Familie ist obdachlos geworden.

Rummelsburg. Pfefferberg und Appelwitz. — Die im Dienstbezirk der Postagentur Poltschen gelegenen Forstereien Czarndamerow und Jablonsch haben vom Regierungspräsidenten eine andere Ortsbezeichnung erhalten. Czarndamerow heißt jetzt Pfefferberg und Jablonsch Appelwitz. — Konnten wirklich keine besseren Ortsnamen gefunden werden?

Gollnow. Selbstmordversuch. — Am Dienstag sprang die Tochter des Schneidemeisters Zimmermann an der Liegestelle der Fischerboote in die Ihna. Vorübergehende eilten herzu und entrißen sie dem Wasser. Schwermut soll die Ursache des Selbstmordversuchs sein.

Schwurgericht.

Das Stolper Schwurgericht trat heute zu einer kurzen Tagung zusammen. Heute hatte sich der Arbeiter Paul Paschke aus Wollan Kreis Stolp wegen Meineides zu verantworten. Er war in einem Alimentationsprozeß zum Offenbarungseide herangezogen, in dem er verschwie, daß er einen Barlohn von 20 Mark für den Monat erhielt. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Schöffengericht.

Wegen Betruges wurde ein Stolper Kaufmann zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte während seines Konkurses unlautere Machenschaften vorgenommen und dadurch seine Gläubiger geschädigt. — Gleichfalls wegen Betruges wurde der Landwirt F. H. aus Großenhof zu 6 Monaten Gefängnis und 30 Mark Selbststrafe verurteilt. F. hatte beim Pferdetausch Wechsel ausgegeben, für die er keinerlei Deckung hatte und die er auch nicht einlöste.

Wegen Unterschlagung wurde der Kaufmann U. St. aus Stolp zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte Kohlen verkauft, an denen sich die liefernde Firma das Eigentumsrecht vorbehalten hatte. Wegen unerlaubten Entfernens von ihrer Truppe wurden die ehemaligen Reiter B. H. und H. W., vormalig beim hiesigen Regiment, zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sport und Spiel.

Zur Eröffnung der Hindenburg-Kampfbahn. Die Vorkämpfe für die zu der Eröffnung der Kampfbahn ausgeschriebenen Wettkämpfe finden schon am Freitag um 7 Uhr in der Kampfbahn statt, mit Ausnahme der Wettkämpfe im 400 m- und 800 m-Lauf. Die Leitung hat Gehrle-Germania. Sämtliche Wettkämpfer, die sich gemeldet haben, und sämtliche von den Vereinen namhaft gemachten Kampfrichter müssen pünktlich zur Stelle sein.

Letzte Meldungen.

Sogar im Zentrums dämmerts.

Berlin, 9. Juni. Wie aus Trier gemeldet wird, hielt der Trierer Bauernverein, dem die meisten dem Zentrum politisch zugehörenden Bauern von der Mosel, der Saar und aus der Eifel angeschlossen sind, in Kirj eine Tagung ab, in der die Versammlung den Beschluß faßte, sich an der Abstimmung über den Volksentscheid nicht zu beteiligen.

Die Daves-Pleite.

Berlin, 9. Juni. Zur Revision des Davesplanes liegen heute zwei Meldungen von besonderer Bedeutung vor: Der Londoner „Times“ zufolge hat der Gouverneur der Bank von England seine Reise nach Berlin auf Mitte Juli angelegt, um in Berlin die Verhandlungen fortzusetzen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht dieser Tage in London in Sachen des Davesplanes aufgenommen hat. — Der Pariser „Herald“ meldet aus Washington: Senator Borah hat eine Motion eingebracht, die vom Präsidenten Aufklärung über die amerikanischen Kredite an Deutschland verlangt, die durch die infolge des Davesplanes entstandene Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage als in der Sicherheit beeinträchtigt angesehen werden könnten.

Die Preisstreiberverordnung aufgehoben.

Berlin, 9. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde ein Initiativ-Gesetz über die Aufhebung der Preisstreiberverordnung angenommen. Die Preisstreiberverordnung, die Verordnung über verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände, die Verordnung über Notstandsverordnung, die Verordnung über Preisprüfstellen, die Vorschriften über Preisschilder und Preisverzeichnisse, die Vorschriften über Marktverkehr und Verfeigerungen werden danach aufgehoben.

Aufdeckung einer Korruptionsaffäre in Berlin.

Berlin, 10. Juni. Nach der Meldung eines Spätabendblattes soll die Stadt Berlin bei dem Bau der Nord-Südbahn und beim Bau der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft um ungeheure Summen geschädigt worden sein. Ein gewisser Architekt Schmidt, der bei dem Anbau der Häuser und Grundstücke Zwischengewinne von mehreren hunderttausend Mark erzielt haben soll, ist in Freiburg i. V. verhaftet und dann gegen eine Kaution von 110 000 Mark aus der Haft entlassen worden. Außerdem soll ein ehemaliger Stadtbaurat an der Affäre beteiligt sein.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. (175-180). Roggen Märk. 177-181 (175-180). Sommergerste 187-200 (187-200). Inländische Futtergerste 173-186 (171-184). Hafer Märk. 195-206 (194 bis 205). Mais loko Berlin — (—). Weizenmehl 37,00 bis 39,25 (37,00-39,25). Roggenmehl 25,25-26,50 (25,25-26,50). Weizenkleie 9,50-9,75 (9,50-9,75). Roggenkleie 11,30-11,40 (11,30-11,40). Raps — (—). Leinsaat — (—). Diktoriaerbsen 36-46 (36-46). Kleine Speiseerbsen 26,50-32,50 (26,50-32,50). Futtererbsen 22-27 (22-27). Peluschken 22,50-27,50 (22,50-27,50). Ackerbohnen 23-26 (23,00-26,00). Wicken 32-35 (32,00-35,00). Lupinen blaue 13,00-15,00 (13,00-15,00). gelbe 17,50-19,50 (17,50-19,50). Seradella — (—). neue — (—). Rapskuchen 13,70-13,90 (13,70-13,90). Leinkuchen 17,60-17,80 (17,60-17,80). Trockenschrot 9,90-10,30 (9,90-10,30). Sojaskrot 19,50-19,80 (19,30-19,60). Torfmehle 30-70 — (—). Kartoffelflocken 20,20 bis 20,60 (20,00-20,30).

Berliner Frühmarktsnotierungen vom 9. Juni. Weizen Juli 293, September 268, Roggen Juli 196, September 203,50-204, Oktober 205-205,5.

Berliner Butternotierung.

Berlin, 8. Juni. 1. Qualität 153, 2. Qualität 135, 3. Qualität 115 Mark. Tendenz stetig.

Stettiner Getreidebörse vom 9. Juni. Für 1000 Kilogr. waggongfrei Stettin. Roggen inkl. 185-186, Weizen inkl. 303-309, Hafer 200-207, Futtergerste 173-185 Mark. Tendenz ruhig.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht vom 9. Juni 1926.

Auftrieb: Rinder 1250 Stück, darunter 334 Bullen, 182 Ochsen, 734 Kühe und Färsen; Rälber 2332 Stück; Schafe 7070 Stück; Schweine 8219 Stück; Ziegen 13 Stück; — Ferkel; 321 Auslandschweine.

	Preise Goldpsfg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleischig, ausgem., 1. Stallm. höchst. Schlachtw. ungel.	57-61
b) dto. im Alter von 4-7 Jahren	52-55
c) junge, fleischig nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	46-50
mäßig genährte junge, gut genährte ältere	40-45
B. Bullen	
a) vollfleischig, ausgewähl. höchsten Schlachtwerts	53-56
b) vollfleischig jüngere	50-52
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	45-48
C. Färsen und Kühe	
a) vollfleischig, ausgewähl. Färsen höchsten Schlachtwerts	54-59
b) vollfleischig ausgewähl. Färsen höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	43-49
c) ältere ausgewähl. Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	33-38
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen	27-30
e) gering genährte Kühe u. Färsen	22-25
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser II. Rälber)	40-47
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinsten Mastälber	66-71
c) mittlere Mast- u. beste Saugälber	55-65
d) geringe Mast- u. gute Saugälber	48-52
e) geringe Saugälber	40-45
III. Schafe.	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	55-60
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährt junge Schafe	43-52
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Werkschafe)	30-40
B. Weidemastschafe:	
a) Mastlamm	—
b) geringere Lamm und Schafe	—
IV. Schweine.	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischig Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht	77
c) vollfleischig Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	76-77
d) vollfleischig Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	74-75
e) vollfleischig Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	72-73
f) fleischig Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—
g) Sauen	69-71
Ziegen	20-25
Marktverlauf: Bei Rindern und Schweinen ziemlich glatt. Bei Rälbern und Schafen ruhig, doppelte und schwere Rälber schwer verkäuflich.	

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Von einer Anzahl beteiligter Gewerbetreibender ist die Errichtung einer Zwangsinnung für das Dachdeckerhandwerk mit dem Sitze in Stolp beantragt. Die Innung soll die Kreise Stolp, Stadt u. Land, Bütow, Lauenburg und Schlawa umfassen. Äußerungen für oder gegen Errichtung einer Zwangsinnung sind schriftlich bis zum 25. Juni d. Js. oder mündlich in der Zeit vom 7. bis 25. Juni d. Js. bei mir abzugeben. Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraums werktäglich von 10—12 Uhr vormittags im Rathause Zimmer Nr. 10a erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirk der Kreise Stolp, Stadt und Land, Bütow, Lauenburg und Schlawa das Dachdeckerhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Äußerung mit dem Bemerkten auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Errichtung der Zwangsinnung Zustimmung oder nicht, gültig sind, und daß nach Ablauf obigen Zeitpunktes eingehende Äußerungen unberücksichtigt bleiben.

Die Abgabe einer Äußerung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt haben.

Stolp, den 4. Juni 1926.

Der Kommissar.
Hasenjaeger,
Erster Bürgermeister.

Hufbeschlaglehre.

Der neue Kursus, Dauer 4 Monate, beginnt am 1. Juli 1926. Anmeldungen sind schleunigst an Hufbeschlaglehrmeister Rittner — Stolp, Reitbahn 8, zu richten.

Stolp, den 4. Juni 1926.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ein auf der Holzstapelparzelle Nr. 12 stehender

Bretterschuppen

in Größe 9x8
sowie

3 Verladewinden

sollen verkauft werden.

Schriftliche Angebote mit dem Kennwort „Bretterschuppen“ sind bis zum 1. Juli d. Js. verschlossen an die Stadtparkasse Stolp einzureichen.

Stolp, den 9. Juni 1926

Der Vorstand der Stadtparkasse.

Schutzbrillen

für den Aufenthalt an der See u. im Gebirge

Autobrillen

Barometer — Ferngläser — Lupen

Ernst Gast, Holstentorstraße 17.

Bitte genau auf die Firma achten!

Motorrad (H. S. U.)

(3 PS.)

umstandehalber für den billigen Preis von 300 Mk. sofort verkäuflich.

Wo sagt die Geschäftsstelle d. Btg.



Damen- und Herrenräder

Neueste Modelle.

Nur beste Marken in großer Auswahl.
Auf Wunsch Abzahlung in Raten.

Zubehör- und Ersatzteile

Laufdecken	Ketten
Luftschläuche	Pedale
Luftpumpen	Glocken
Zentstangen	Griffe usw.

Liefert billigst

Paul Lange, Mittelstr. 46

Fahrradhandlung
Reparaturwerkstatt und Smalier-Anstalt.

Von der Reise zurück.

Dentist Fritz Pfeiffer

— Fernruf 1105. —



Leidenweiches
lockeres Haar



durch „Schaumpon“ mit dem schwarzen Kopf

DAS ALTBEWÄHRTE KOPFWASCHPULVER

Dr. Axelrod's Joghurt in der Schule.

Der Paul konnt' in der Schule nix,
Der Fritz war helle und war fix
Und konnte auf die schwersten Fragen
Dem Lehrer richtige Antwort sagen.
Dagegen galt der dicke Paul
Bei jedem Lehrer nur als faul.
Schon hieß es, daß zu guter Letzt
Der faule Paul nicht würd' versetzt.
Bis daß ein Lehrer in der Pause
Den Paul besah bei seiner Jause:
Vier Brötchen aß der Paul bewegt,
Dabei ein jedes dick belegt.
Dagegen Fritz aus seiner Tasche
Nahm nur die kleine Joghurtflasche.
Und als den Joghurt er verzehrt.
Steckt er sie weg, geleert — geleert.
Da schrieb als Lehrer und Berater
Der Schulmann schleunigst an Pauls Vater.
Jetzt ist auch Joghurt unser Paul,
Ist fleißig, fix und nicht mehr faul
Und wurde dann zu guter Letzt
Zu Ostern glücklich mit versetzt. —
Jetzt zieht auch Paul aus seiner Tasche,
Wenn Pause ist, die Joghurtflasche

Joghurt ist täglich frisch zu beziehen
durch unsere sämtlichen Milchläden.
Molkerei Stolp.

Junge Leute aller Berufe, die zur

See

fahren wollen, erhalten streng reellen Rat und
Auskunft! (Begr.: 1919.)

Nur schriftl. Auskunftstelle 712 Harms
Hamburg 19.

Börsen-Interessenten

erhalten unsere wöchentlichen Börsenberichte auf Wunsch
gratis regelmäßig zugesandt.

v. Bischoffshausen & Co., Bankgeschäft
Berlin S. W. 68, Friedrichstraße 207.

Dr. Höpfners

chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik
Stolp i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitliche Röntgen-Anstalt

Behandlung von Geschwülsten operativ
oder durch Tiefenbestrahlung.

Werktagl. 9—11, 3—4.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch
Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volksküche

zur Ausgabe an Bettelnde,

12 Gutscheine kosten 1.— Mk.

und sind vorläufig zu haben.

U. Lemme & Co., Langestraße 64
Emil Bolsdorff Jnh. Paul Hartmann, Markt 15
Hotel Kaiserhof, Neutorstraße
Max Bröske, Neutorstraße 14
Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.

W. Laeuen, Stadtrat.

Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 12.
Juni d. Js. Vorm. 10 Uhr
werde ich Sandberg l folgende
Gegenstände als:

1 Motorrad

(R. 1/4—1/10 P. S.)

ferner 1 Partie Möbel als:

1 Büffetschrank,
1 Ausziehisch,
6 Stühle, 1 Sofa,
2 Sessel, 1 Musikschrank,
1 Standuhr,
1 Kronleuchter,
1 Rauchisch, 1 Bild,
u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen
sofortige Barzahlung ver-
steigern.

Stolp, den 9. Juni 1926.

Haseney,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Eine wenig gebrauchte Repetierbüchse

mit Zielfernrohr zu dem bil-
ligen Preise von 80 Mk.
zu verkaufen, da keine Jagd-
gelegenheit. Zu erfragen
Uhornweg 8, 1 Treppe.

Husten, Atemnot Verschleimung

Schreibe allen gern umsonst,
womit sich schon viele Tau-
sende von ihrer Qual befreiten.
Nur Rückmarke erwünscht.
Walter Althaus
Heiligenstadt (Eichsfeld) S. 40.

Begräbnisbund „Selbsthilfe“

Stolp i. Pom.

Außerordentliche Generalversammlung

am Freitag, den 18. Juni
1926, abends 8 Uhr im Saale
des Schweizergartens.

Tagesordnung:

Bericht der in der General-
versammlung vom 12. Fe-
bruar 1926 gewählte Kom-
mission.

Der Vorstand.

Kaufe und tausche

dauernd

Hafer und Gerste
gegen

Grüben, Floden,
Gries, Reis,

Mehle, Futtermittel.

Max Schwarz
Mönchstr. 11 a. Mühlenort.

F. W. Feiges Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Fernruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von Drucksachen

aller Art
in schwarz und farbig.